

***Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU******Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Polizei im Land Bremen***

Die Erkenntnis, dass familienfreundliche Personalpolitik sich zum Nutzen aller Beteiligten auswirkt, setzt sich immer mehr durch. Das wachsende Interesse von Unternehmen an diesem Thema zeigt sich beispielsweise an der wachsenden Beteiligung am Auditierungsverfahren „Verbundprojekt Beruf und Familie“ der Bremer Universität. Erst kürzlich wurden im Rathaus erneut zehn Bremer Unternehmen zertifiziert

Dieser Mut zur familienfreundlichen Veränderung der Arbeitsbedingungen findet sich nicht nur in Unternehmen, sondern auch in den Verwaltungen. Dies gilt auch für Bereiche, in denen traditionell keine oder nur wenig Frauen beschäftigt wurden. Die Bremerhavener Ortpolizeibehörde beispielsweise wurde bereits zertifiziert. Die Bremer Polizei befindet sich am Beginn des Zertifizierungsverfahrens und wird Wege aufzeigen, wie Familie und Beruf vereinbart werden können. Dabei wird es nicht nur um familiengerechte Arbeitszeiten und -bedingungen gehen. Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus polizeilichen Risikotätigkeiten und den hier üblichen Wechselschichten, für die Schwangere nicht eingesetzt werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Frauen sind im bremischen Polizeidienst beschäftigt, und wie hoch ist ihr Anteil
  - a) insgesamt,
  - b) in den verschiedenen Altersgruppen,
  - c) in den einzelnen Besoldungsstufen,
  - d) in den unterschiedlichen Laufbahngruppen,
  - e) in Leitungsfunktionen,
  - f) im Bereich von Risikotätigkeiten,
  - g) im Wechselschichteinsatz?
2. Wie groß ist der Bedarf an familienfreundlichen, flexiblen Arbeitszeiten, und wie wird dieser Bedarf gedeckt?
  - a) In welchen Dienstbereichen – auch in Führungsbereichen – wünschen Polizistinnen und Polizisten (bitte getrennt ausweisen) in welchem Umfang familienfreundliche Veränderungen von Arbeitszeiten und -bedingungen?
  - b) Wie wird diesen Wünschen entsprochen?
  - c) In welchen Bereichen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der Polizeibehörde besonders schwierig? Welche Rolle spielen dabei gegebenenfalls risikoträchtige Einsatzfelder?
  - d) Wie wirkt sich die Inanspruchnahme familienfreundlicher Arbeitszeiten und -bedingungen (z. B. Teilzeittätigkeit) auf die berufliche Weiterentwicklung (Beförderung/Karriere) aus?

3. Welche Auswirkungen haben Schwangerschaften von Polizistinnen und das Verbot, diese auf Risikoarbeitsplätzen oder im Wechselschichtdienst zu beschäftigen auf deren persönlichen Arbeitseinsatz und den polizeilichen Dienst insgesamt?
  - a) Wie hoch ist der durchschnittliche Anteil Schwangerer und junger Mütter an der Gesamtzahl der Polizistinnen und der Beschäftigten der Polizei insgesamt?
  - b) Gibt es eine Gefährdungsanalyse, die darlegt, welche Arbeitsplätze aus welchen Gründen für Schwangere und junge Mütter nicht geeignet sind, und gibt es Alternativarbeitsplätze?
  - c) Gibt es andere Maßnahmen, die im Interesse von Dienststellen und Betroffenen die Vereinbarkeit von Schwangerschaft und Polizeidienst gewährleisten?
  - d) Wirkt sich die nicht unbeschränkte Einsetzbarkeit Schwangerer auf die polizeiliche Einsatzplanung und -bereitschaft insgesamt aus, gegebenenfalls wie?
4. Wie sind Familie und Beruf mit der polizeilichen Ausbildung vereinbar?
  - a) Wie ist sichergestellt, dass Polizeianwärterinnen trotz Schwangerschaft und Mutterschutz ihre Ausbildung erfolgreich beenden können?
  - b) Welche Auswirkungen auf Ausbildung und Ausbildungsabschluss hat es, wenn Polizeianwärter/-innen Elternzeit in Anspruch nehmen?
  - c) Wie hoch ist der Anteil der Polizeianwärter/-innen, die während der Ausbildung schwanger sind, dem Mutterschutz unterliegen oder Elternzeit in Anspruch nehmen? Wie sind deren Ausbildungsergebnisse – auch gemessen am durchschnittlichen Ausbildungserfolg?
5. Welche konkreten Ziele und Fragestellungen liegen der beabsichtigten Auditierung „Beruf und Familie“ zugrunde, und wann wird diese Zertifizierung mit welchem Ziel voraussichtlich erfolgen?
6. Welche Maßnahmen hat die Bremerhavener Ortspolizeibehörde für die Zertifizierung unternommen, und wie haben sich diese Veränderungen auf die Arbeit der Polizei insgesamt sowie auf die Situation der Beschäftigten ausgewirkt?

Karin Markus, Ursula Arnold-Cramer, Hermann Kleen,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Annedore Windler, Rolf Herderhorst,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU